

WEGWEISER ZUR MODERNEN STATISTIK

Die Gewerkschaften und auch einsichtige Unternehmer leiden an der Unzulänglichkeit und den Mängeln der Statistik besonders. Sie stehen bereits heute vor der Notwendigkeit, wirtschafts- und sozialpolitische Rezepte ohne hinreichenden Nachweis des Krankheitsbildes vorzuschlagen. So ist es z. B. zur Zeit nicht möglich, das tatsächliche Ausmaß der Teuerung bezogen auf den durchschnittlichen privaten Verbrauch einwandfrei festzustellen. Der Niederschlag der tariflichen Lohnerhöhungen im Effektivverdienst der Arbeitnehmer kann auch für die regelmäßig erfaßten Verdienste der Industriearbeiter jeweils erst mit dreimonatiger Verspätung ermittelt werden. Die tatsächliche Einkommenssituation der Angestellten, Beamten und Landarbeiter ist überhaupt nicht statistisch sichtbar. Durch die Bekanntgabe der tariflichen Lohnerhöhungen in einzelnen Branchen mit Erhöhungssätzen von 10 bis 15 v. H. entsteht der Eindruck einer wirksamen Verbesserung der Löhne und Gehälter, während die Durchschnittsverdienste sich nur um wenige Prozent erhöht haben. (Juni bis Dezember 1950 = + 7,2 v. H., Dezember 1950 bis März 1951 = + 4 v. H.)

Methodische Mängel

Gerade das geschilderte Beispiel läßt eine methodische Modernisierung der Lohn- und Preisstatistik angebracht erscheinen. Die zunehmende Uneinheitlichkeit der Preisbewegungen (größere Reagibilität der konsumnahen Güter) und die geringe Stabilität des Preisniveaus machen eine rasche und zutreffende statistische Registrierung der Marktvorgänge nötig. Die Preisermittlung muß trotz der großen technischen Schwierigkeiten entmechanisiert werden, d. h., es ist eine stärkere direkte Mitwirkung der statistischen Behörden, des Handels und der Konsumenten notwendig. Bei der Verdienststatistik genügen die vierteljährlichen Erhöhungen in der Industrie wegen der langwierigen Aufbereitungszeit zur Zeit nicht den Bedürfnissen der Wirtschaft. Hier sollte man zur Methode kurzfristiger „samples“ übergehen, wobei aber *alle* Arbeitnehmergruppen repräsentativ erfaßt werden müßten. Dadurch wäre es wahrscheinlich möglich, größere exakte Erhebungen auf halbjährliche und jährliche Wiederholungen zu beschränken.

Im engen Zusammenhang mit einer Aktualisierung der Lohn- und Preisstatistik steht das Problem einer zeitnahen Erfassung der Verbrauchsgewohnheiten. Dabei handelt es sich vor allen Dingen um die umstrittene Bezugsgrundlage für die Preisbewegung der Güter eines typischen Arbeitnehmerwarenkorb. Auf diesem Gebiet sind durch das Statistische Bundesamt und durch das WWI bereits wertvolle Vorarbeiten geleistet worden. Die Experten dieser besonders schwierigen statistischen Aufgabe sind sich darüber einig, daß ein für alle Einkommensgruppen typischer Warenkorb nicht konstruiert werden kann, daß man also für die Bezieher niedriger, mittlerer und gehobener Einkommen (wie in Großbritannien) die unterschiedlichen Konsumsortimente beobachten muß. Die Lösung dieses Problems scheiterte bisher, wie in geringem Maße auch die bessere Preisermittlung, an der Knappheit der Etatmittel. Regelmäßige Wirtschaftsrechnungen der privaten Verbraucherhaushalte können nur gegen eine gewisse Entschädigung der buchführenden Familie erwartet werden. Besonders auf diesem Gebiet müssen die Gewerkschaften und Verbraucherorganisationen der statistischen Arbeit weiterhin Hilfestellung gewähren.

Es sei hier schließlich noch auf die Ressortstatistiken hingewiesen. Wir meinen insbesondere die Sozialversicherungs- und die Beschäftigtenstatistik der Arbeitsbehörden, die methodisch dem Bedarf der interessierten Öffentlichkeit stärker angepaßt werden müßte. Es ist z. B. daran gedacht, eine Gruppierung der Bezieher von Sozialversicherungsleistungen nach ihrer Zugehörigkeit zur Verbrauchsgemeinschaft (Familie, Heim) vorzunehmen. Ferner genügt uns nicht die bisherige methodische Abgrenzung des Begriffes „Arbeitsloser“. Es ist außerdem notwendig, die Beschäftigtenstatistik nach sozialen Gruppen (Arbeiter, Angestellte, Beamte), nach Wirtschaftsgruppen (Industrie, Handwerk, Handel usw.) und nach Leistungsgruppen (Facharbeiter, angelernte Arbeiter, Hilfsarbeiter) klarer zu gliedern. Auf die methodischen Mängel der Produktions-, Lohn- und Einkommensstatistik ist in den früheren Abhandlungen bereits hingewiesen worden.

Lücken der Statistik

Wer heute eine Analyse der Wirtschaftslage machen will, eine Aufgabe, deren Bedeutung angesichts der vorhandenen Rohstoff-, Devisen-, Kredit- und Arbeitskräfte-Engpässe auf der Hand liegt, wird sehr schnell erfahren, wie groß das Vakuum an statistischen Daten ist. Die Lösung seiner Aufgabe müßte scheitern, wenn er nicht den Mut aufbrächte, große Lücken durch zum Teil gewagte Schätzungen und Kombinationen zu schließen. Es gibt keine verlässlichen Unterlagen darüber, wie groß der Anteil der entbehrlichen Güter am privaten Gesamtverbrauch ist. Man kann nicht sicher feststellen, welcher Teil der durchgeführten Investitionen auf nicht lebenswichtige Bereiche entfällt. Aus der Produktionsstatistik kann nicht ersehen werden, in welchem Umfang Rohstoffe oder Halbwaren durch Rationalisierung des Verbrauchs eingespart werden könnten. Man weiß nicht, welcher Bestand an Fach- und Spezialkräften in der Wirtschaft vorhanden ist und wie groß der tatsächliche Nachwuchsbedarf anzusetzen ist. Man hat keine Unterlagen über die Lagerbildung und über die Lagerbestände in den Betrieben der Güterproduktion und -Verteilung. Es fehlen ferner genügende Vorstellungen über den lebensnotwendigen Bedarf an Gütern und über den tatsächlichen Bestand und Bedarf an menschenwürdigen Wohnungen. Man kann auch nicht sagen, wie sich der Sozialaufwand auf Empfänger, die ausschließlich auf solche Leistungen angewiesen sind und auf solche, die andere zusätzliche Einkünfte haben, verteilt. Es gibt keine Tariflohnstatistik. Diese kurze Aufzählung statistischer Lücken muß noch durch die Mängel ergänzt werden, die bei der Darlegung der einzelnen sozial- und wirtschaftsstatistischen Gebiete aufgezeigt wurden.

Man könnte angesichts der Fülle unerfüllter statistischer Wünsche geneigt sein, mit Rücksicht auf etwa entstehende Mehrkosten zu resignieren. Einer solchen Haltung wäre eine gewisse Berechtigung nicht abzuspochen, wenn man die folgenden Tatbestände außer acht ließe. Eine erhebliche Lücke kann nämlich durch repräsentative Erhebungen geschlossen werden. D. h. man kann in vielen Fällen ohne kostspielige und umfangreiche Totalerhebungen auskommen. Das gilt z. B. für eine Analyse der betrieblichen Kostenstruktur. Hier könnte eine Repräsentativerhebung außerdem über die Investitionstätigkeit, über den unterschiedlichen Grad der rationellen Rohstoff- und Energieverwendung, über Kreditverteilung und Produktionsleistung besser Auskunft geben.

Ferner sollte nicht vergessen werden, daß die öffentlichen Körperschaften z. B. auf Grund des Artikels 131 des Grundgesetzes die Versorgung zahlreicher Kräfte übernehmen müssen. Dieser Überschuß an Verwaltungskräften könnte für die zusätzliche statistische Arbeit sinnvoll eingesetzt werden. Schließ-

lich sollten föderalistische Eigenwünsche auf dem Gebiet der amtlichen Statistik im Interesse einer methodisch und technisch einheitlichen und zeitnahen statistischen Praxis mehr zurückgestellt werden, als es heute noch der Fall ist. Schließlich ist in diesem Zusammenhang noch zu berücksichtigen, daß eine Rationalisierung der Statistik für internationale Vergleiche nicht zu umgehen ist. Diese Notwendigkeit ist bei den Vorarbeiten zum Schumanplan in ihrer großen politischen Tragweite klargeworden.

Viele Engpässe der empirischen Sozial- und Wirtschaftsforschung könnten überdies dadurch erweitert werden, daß Unterlagen, die an sich bei verschiedenen privaten und öffentlichen Stellen im Lande verstreut vorhanden sind, gesammelt und ausgewertet würden. Das trifft z. B. für die Daten zu, die bei den Organen der privaten und öffentlichen Fürsorge anfallen. Eine Ausschöpfung solcher Materialreserven macht es jedoch notwendig, daß der zentrale Bedarf für derartiges Material angemeldet wird.

Schließlich könnte noch einiges getan werden, um vorhandene Statistiken besser aufeinander abzustimmen als es z. Z. geschieht. Es zeigt sich in der Praxis deutlich, daß der Aufbau vieler Statistiken noch viel zu stark auf die Bedürfnisse des behördlichen Eigenkonsums zugeschnitten ist. Es wäre notwendig, insbesondere stärker als bisher an die Bedürfnisse einer demokratischen Öffentlichkeit zu denken. Uns ist z. B. schmerzlich bewußt geworden, daß man die Ergebnisse der Verdienststatistik nicht mit den durch die Industriestatistik ausgewiesenen Lohn- und Gehaltssummen vergleichen kann. Es muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Statistik bereits auf dem Wege einer methodischen Angleichung der Systematiken in der Wirtschaftsstatistik vorangeht.

Lebensnotwendige Aufgaben

Wer mit den knappen Mitteln haushalten muß, tut gut daran, alle Wirtschaftsvorgänge zu registrieren. Legt er sich über seine Wirtschaftsführung selber Rechenschaft ab, so kann er für die Zukunft Folgerungen daraus ableiten. Was für die kleine Haushaltung gilt, trifft in viel stärkerem Maße für die Wirtschaftsführung der Gesamtgesellschaft zu. Sie braucht gute und zuverlässige Rechenschaftsberichte so dringend wie das tägliche Brot, um nämlich dieses Brot zu haben. Was an dieser Stelle kritisch und zugunsten der so viel geschmähten Statistik gesagt wurde, soll die Träger dieser undankbaren Aufgabe nicht angreifen. Vielmehr kam es darauf an, das öffentliche Interesse für die unpopuläre Arbeit zu wecken.

Die amtliche Statistik versucht trotz großer bürokratischer Hemmnisse, trotz der erheblichen Nachholarbeit und des Fortfalls an geschultem Nachwuchs und trotz der immer noch verbreiteten Verständnislosigkeit für diese Arbeit, moderne Methoden zu entwickeln und die Flut statistischer Fragebogen einzudämmen.

Es ist keine gewerkschaftliche Aufgabe, selbst Primärstatistiken zu erheben. Aber die Arbeitnehmervertretungen sind als Verbraucher der Statistik besonders stark auf zuverlässige Daten angewiesen. Sie legen großen Wert darauf, Vertrauen in die Ergebnisse statistischer Arbeit setzen zu können. Denn nur wirklichkeitsnahe und erschöpfende Rechenschaftsberichte über die sozialökonomische Lage können die Krankheitsherde an unserem Sozialkörper sichtbar machen. In einem demokratischen Staat haben die Bürger nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, darüber unterrichtet zu sein.